

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1913**

143 (23.6.1913) Zweites Blatt

II. General-Verammlung der Metallarbeiter.

k. r. Breslau, 18. Juni. 3. Tag.

Die Verhandlungen beginnen morgens 8 Uhr mit der Verlesung eines Telegramms der italienischen Metallarbeiter. Sie schenken brüderliche Grüße und entschuldigen ihre Nichtanwesenheit, die durch Kämpfe im eigenen Lande erzwingen ist. Die Delegierten, die als Reichstagsabgeordnete in Berlin durch wichtige Abstimmungen immer noch zurückgehalten werden, ersuchen telegraphisch um weiteren Urlaub, er wird von der Generalversammlung genehmigt.

Idmann-Göppingen eröffnet nun wieder die gestern abgebrochene Diskussion zum allgemeinen Geschäftsbericht. Es liegen von gestern her noch 21 Wortmeldungen vor.

Im Mittelpunkt der Debatte stehen neben anderen Fragen in besonderer die der ungeteilten Arbeitszeit und die des Samstag-Mittagschlusses. Die letztere hat unter den Rednern viele Freunde, aber auch die ungeteilte Arbeitszeit wird immer wieder als Gewinn für die Arbeiter gekennzeichnet, trotz der Einwendungen, die man gegen sie machen kann. Die Diskussion wird dann durch einen Schlußantrag abgeklärt. Schlieke führt in seinem Schlußwort kurz aus, daß die Beanstandungen der Stellung des Vorstandes zu den Unternehmern nachweisen ohne völlige Berücksichtigung der Gründe erfolgt sei, die dazu angeführt waren. Nun zu den Grenzstreitigkeiten. In den Großbetrieben, wo wir die ausschlaggebende Macht sind, müssen wir auch in den tatsächlichen Fragen entscheidend sprechen. Der Vorstand will mit den anderen Verbänden über diese Frage auf der Grundlage verhandeln, daß in den Betrieben, die nach ihrer ganzen Art zu einem bestimmten Berufe gehören, dann die Organisation die Führung für diesen Betrieb zu übernehmen hat, zu der dieser Beruf gehört. Die Nebenberufe eines solchen Betriebes sollen solange zu den Gebieten der Hauptorganisation gehören, als diese nicht ganz in sich geschlossene Betriebsabteilungen darstellen. Die Hamburger Resolution der Gewerkschaften enthält den Passus: unter Wahrung des jeweiligen Bestandes. Das ist ein Passus, zu dem gelangt werden kann, wie es paßt, legt man ihn aus. Der Vorstand ist durchaus nicht gegen statistische Erhebungen. Das habe ich auch nicht gesagt. Wenn der Vorstand Statistik macht, dann bedarf er aber der guten und schlechten Mithilfe der Zahlstellen und Mitglieder. Unsere Ortsverwaltungen können sich selbst auch helfen, indem sie gewisse Maßnahmen über ihre Betriebe durchzuführen. Wenn sie in ruhigen Zeiten nach und nach Aufzeichnungen anfertigen, also Qualitätslisten der Betriebe führen, dann kann man bei wichtigen Maßnahmen die tatsächlichen Verhältnisse beurteilen. Der Vorstand hat aber auch von den Aufträgen für statistische Erhebungen, die er auf der letzten Generalversammlung erhielt, eine ganze Reihe durchgeführt. Nun nochmals zum Samstag-Mittagsluß. Verkürzung der täglichen Arbeitszeit muß unsere wichtigste Forderung bleiben. Ich möchte warnen, daß wir uns für die Zukunft zu dieser Frage sehr festlegen, es handelt sich doch um eine tatsächliche Maßnahme. Das Gleiche gilt für die Frage der ungeteilten Arbeitszeit.

Ich danke für die sachliche Kritik des Vorstandes, ich hoffe, daß unser gutes Einvernehmen hier sich damit auch auf das Einvernehmen zwischen der Gesamtmitgliedschaft und dem Vorstande erstreckt; so ist mir um die Zukunft nicht bang.

Nach dem Antrag des Verbandsausschusses wird dem Verbandsrat Werner Entlastung erteilt.

Die Einzelberatung der zum Geschäftsbericht vorliegenden Anträge beginnt. Sebering-Bielefeld beantragt, sie insgesamt dem Vorstande als Material zu überweisen. Es wird dementsprechend beschlossen. Eine Reihe der Anträge wird von Vertretern der sie beantragenden Orte noch ausführlich begründet. Besonders erfolgt dies bei den Anträgen, die statistische Feststellungen in der Elektrobauindustrie verlangen und denen, die Berufungskonferenzen wünschen. Cöhen-Berlin spricht gegen die allzu vielen Berufungskonferenzen. Mit Ausnahme der Leipziger Anträge, die Durchführung einer Schlichterstatistik verlangen, auch wünschen, daß in das Verwaltungsverfahren Lebertrittsbedingungen für Bismarck eingeführt werden, werden alle zu diesem Punkt vorliegenden Anträge als Material für den Vorstand überwiefen. Nur noch der Düsselbacher Antrag, eine Aenderung in der Art der Delegierungen zur Gewerkschaftsschule einzutreten zu lassen, wird abgelehnt.

Kleines feuilleton.

Ein Rechenkünster. Das preussische Wahlrecht gibt harte Platte zu kneten. Es gehört schon eine ganze Portion Intelligenz dazu, die Schwierigkeiten des famosen Wahlgesetzes zu ergründen, die Schönheiten verstehen zu können, die im Interesse der Junker und Junkerengenossen dem Wahlstimm aufseht sind. Bei der Urwahlwahl kommen unsere Genossen wiederholt beobachtet, wie hilflos die Wahlvorsteher dem Knüttelmußel gegenüberstehen. Den Vogel abgeföhnen hat wohl ein Wahlvorsteher in einem Wahllokal des 12. Berliner Landtagswahlbezirks. Dort waren in der 1. Wahlerabteilung sieben Wähler erschienen, von denen vier dem sozialdemokratischen Wahlmann ihre Stimme gaben. Der kluge Wahlvorsteher erklärte nach Schluß der Wahlhandlung, daß von sieben Stimmen die Hälfte dreieinhalb sei, um gewählt zu werden, müsse der Wahlmann eine Stimme über die Hälfte haben, also vierstimmen. Der sozialdemokratische Wahlmann hatte aber nur vier Stimmen erhalten, so daß Stichwahl notwendig sei. Erst die verbüßten Gesichter der Antefendenden und die lebhaften Proteste seiner Kollegen im Wahlbureau ließen den Herrn Wahlvorsteher erkennen, daß so niederrichtige Rechenkünstliche selbst das preussische Wahlrecht nicht kennt. Und das will schon etwas heißen.

Herr, dunkel ist der Feier Sinn. In der „Welt am Montag“ ist folgendes amüsante Geschichtchen zu lesen:

In den letzten Tagen hat man auch in der näheren Umgebung von Baugen fleißig „gebenfeiert“, indem man diverse Gedenksteine enthüllte, Hochs und Gurras zum Himmel sandte, Schulfinder im Triumph herumführte und allerhand anderen unbedingte staatsrechtlich-klimbim mit Wehrtauch und Wälferschnitten fabrizierte. Und warum? Weil vor hundert Jahren am 20. bis 22. Mai die Schlacht bei Baugen stattfand. Und wer siegte in dieser Schlacht? Merkwürdig außer den Franzosen auch die mit ihnen alliierten Sachsen. Aber über wen siegte diese braven Sachsen? Ueber die Preußen! Wer aber ist nun geehrt worden in und bei Baugen? Die siegreichen Sachsen oder die geschlagenen Preußen?

Es kostet schon einige Ueberlegung, um herauszufinden, was man in Baugen eigentlich geehrt hat. Galt die Feiertage über die Preußen mitleidigen Sachsen oder ist das Mitleid mit den unterlegenen Preußen der Grund zu der patriotischen Begeisterung gewesen? Die Baugener und verschiedene haben sich schließlich gesagt, was sollen wir uns mit Zweifeln plagen,

Ueber einen Osnabrücker Antrag, der mehr Propaganda für die Arbeitsruhe am 1. Mai fordert, entwickelte sich eine kurze Debatte, sie wird durch die Annahme eines Antrages auf Uebertragung zur Tagesordnung erledigt.

Der Vorsitzende Schlieke teilt mit, daß ein Freund des amerikanischen Verbandes, mit dem der Deutsche Metallarbeiterverband in Vertrag steht, des internationalen Formverbands des angekommen sei, und im Auftrage dieser Organisation Grüße überbringe.

Die Nachmittagsitzung beginnt mit dem Berichte der Rechnungs-Kommission, den Richter-Charlottenburg erstattet. Vorerst muß ein von der Statutenberatungskommission ihr überwiesener Antrag erledigt werden. Es handelt sich um die Erhöhung der Tagesgebühren für Delegierten zu Generalversammlungen, Bezirkskonferenzen und ähnlichen Zusammenkünften. Nach kurzer lebhafter Diskussion wird der Antrag angenommen.

Nun werden die Prehanträge verhandelt. Es dreht sich in erster Linie um Anträge aus Barmen, Berlin, Düsseldorf, Dortmund, Essen, Nürnberg und Frankfurt a. M. Sie fordern gleichermaßen, daß die Stuttgarter „persönlichen Streitigkeiten, die aus der politischen Tätigkeit von Verbandsmitgliedern herrühren, nicht in der Metallarbeiterzeitung zum Austrag gebracht werden dürfen“.

Seidinger-Stuttgart spricht gegen die Leitung der Metallarbeiterzeitung. Sie hat ihren Standpunkt in der Metallarbeiterzeitung ganz einseitig ausgedrückt, während sie Erklärungen der anderen Seite strikte abgelehnt hat.

Schern-Stuttgart, der Redakteur der Metallarbeiterzeitung, antwortet darauf: Wenn ich auf die Angriffe richtig eingehen wollte, dann müßte ich die ganze Stuttgarter Streitigkeiten aufrollen. Es handelt sich darum, daß die Metallarbeiterzeitung Angriffe, die gegen die Beamten des Verbandsbüros erfolgten, zurückgewiesen hat. Diese Angriffe sind unter dem besonderen Hinweis erfolgt, daß es sich um Beamte aus dem Hauptbüro des Deutschen Metallarbeiterverbandes handle. Unter diesen Umständen war es verdammt Pflicht und Schuldigkeit, abzuwehren. Als 1911 gegen mich die größten Angriffe erhoben wurden, habe ich eine Untersuchungskommission beantragt. Das Schiedsgericht, das über den Ausschluß gegen mich berufen worden ist, hat mich freigesprochen. Es kann doch nicht der Wille der Verbandskollegen sein, durch einen Beschluß der Generalversammlung indirekt das Schiedsgerichtsurteil zu korrigieren.

Von Cohen wird, ehe in der Diskussion fortgefahren wird, eine Erklärung der Berliner Delegierten zu den zur Debatte stehenden beiden Anträgen verlesen. Sie lautet: „Die Berliner Delegierten sind der Ansicht, daß durch die in der Berliner Resolution gekennzeichneten Streitigkeiten keinem Teile der Arbeiterbewegung gehindert ist. Bei Austragung persönlicher Meinungsverschiedenheiten sollte deshalb von allen Seiten das unter Gleichgeordneten notwendige Maß eingehalten werden. In diesem Sinne ist die Berliner Resolution nur aufzufassen, die von der Erwartung ausgeht, daß auch von Parteiseite Angriffe unterbleiben, damit nicht für unsere Zeitung wieder die Notwendigkeit entsteht, dieselben abzuwehren.“

Vomann-Frankfurt a. M. betont, daß es sich für die Frankfurter bei dem Beschluß ihres Antrages nur darum gehandelt habe, die Schiedsgericht, die solche Zeitungsdiskussionen erzeugen in Zukunft zu vermeiden. Nach Annahme eines Schlußantrages werden die beiden der Sache gleichlautenden Anträge, die Unterlassen von politischen Zeitungsdiskussionen verlangen, angenommen.

Die Anträge auf Befestigung der Arbeitergesetze unter Chiffre aus der Metallarbeiterzeitung werden abgelehnt, nachdem Schlieke erklärt hat, daß sich darunter auch Arbeitgeber bededen, die freierorganisierte tüchtige Arbeiter sind und sich nicht dem Vorstoß ihrer Unternehmerrunde aussetzen wollen.

Ein Antrag aus Riesa, den Schmausgenuß in der Metallarbeiterzeitung auffälliger zu belämpfen, wird der Redaktion überwiefen.

Die Behandlung der Statutenänderung wird zurückgeschickt. Massafsch-Stuttgart spricht über den 4. Punkt der Tagesordnung: „Die Syndikate und Kartelle und ihr Einfluß auf die Arbeiterchaft“. Wir rekapitulieren seine Ausführungen ganz kurz, weil beschlossen wurde, den Vortrag als Broschüre erscheinen zu lassen.

Die Kartelle staukte man früher als etwas ganz Ueberordentliches an, man nannte sie eine vorübergehende Erscheinung, später wurde erst erkannt, daß sie ein normales Produkt

die Hauptfrage ist, daß wir wieder einmal Gelegenheit haben, aus hübsch angefeuchter Mehle kräftige Gurras steigen zu lassen

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier bezeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)

Beinleiden, Krampfadern, Untersehenleiden (offene Beine, Kindsbeine, Beinleiden, trodne Flechte, Salzfuß), ihre Wesen, ihre Ursachen, Erscheinungen, Verhütung und naturgemäße Behandlung. Nach dem neuesten wissenschaftlichen Standpunkte, sowie nach eigenen reichen Erfahrungen dargestellt von Dr. med. Kühner. 3. Auflage. (0,80 M.) Leipzig, Hof-Verlagsbuchhandlung Edmund Demme. — Beinleiden, Krampfadern, Untersehenleiden haben meistens einen gemeinsamen Ursprung in dem erschwertem, gestörtem Rückfluß des Blutes in den Venen. Diese im Volksmunde als offene Beine, Beinleiden, auch als trodne Flechte oder Salzfuß bezeichneten lästigen, hartnäckigen, oft in ihrem Verlaufe lebensbedrohenden Lebel lassen sich in ihrer Entstehung meist zurückführen auf Krampfadern, Blutadernnoten usw. Krampfadern und als deren Folgezustand Veinleiden gehören zu jenen Leiden, deren Entziehung man ruhig zuseht und jahrelang erträgt, bis es meist zu einer erfolgreichen Bekämpfung und Verhinderung ihrer Folgezustände zu spät ist. Verjafter zeigt in gründlicher Weise, wie alle diese Leiden entstehen, wie sie verhütet und wenn schon vorhanden, möglichst beseitigt werden können, so daß die Lektüre der billigen Schrift empfohlen werden kann.

Die Hämorrhoiden, ihre Ursachen, Verhütung und naturgemäße Heilung. Von Dr. Struëb. (0,80 M.) Hof-Verlag Edmund Demme, Leipzig. Von allen Krankheiten, denen die Menschen unterworfen sind, ist wohl keine so verbreitet, wie die Hämorrhoiden mit ihren mannigfachen Beschwerden und Qualen. Es ist erstaunlich, wie häufig man dieselben selbst bei scheinbar ganz gesunden Personen antrifft, ohne daß sich letztere ihres Leidens bewußt sind. Solange die Hämorrhoiden noch keine bestimmten Symptome hervorgerufen haben, können sie sich der Aufmerksamkeit des Kranken vollständig entziehen und man findet sie rein zufällig gelegentlich einer aus irgend welchen anderen Gründen vorgenommenen Untersuchung des Mastdarms. Wie nun die Hämorrhoiden zu verhüten und naturgemäß zu behandeln sind, lehrt die empfehlenswerte Schrift.

der kapitalistischen Entwicklung sind. Massafsch zeigt die unendlich verschiedenartig ausgebeutete Macht der Kartelle, weist darauf hin, daß die Kartellgesetzgebung auch in außerdeutschen Ländern versucht, Normen für die Behandlung der Kartelle zu schaffen, aber mit sehr wenig Erfolg und betont zum Schluß, nachdem er noch den Monopolbetrieb Krupp und seine sozialpolitischen potentiellen Dörfer charakterisiert hat, daß es Aufgabe der Arbeiterorganisationen sei, so mächtig zu werden, daß sie mit den Kartellen als Macht zu Macht zu verhandeln vermögen.

Wie wir schon erwähnt, wurde beschlossen, den Vortrag in Druck erscheinen zu lassen, demzufolge wird auch von einer Diskussion Abstand genommen.

Der Vorsitzende verliest eine Erklärung, die an erster Stelle die Namen Sebering und Pawlawisch als Unterschrift trägt. Wir zitieren die Erklärung wörtlich, unter Weglassung eines kleiner unwesentlicher Stellen: „Die unterzeichneten Teilnehmer der Generalversammlung erklären hierdurch, daß sie bei aller Sympathie für die Bestrebungen, mit persönlichen Streitigkeiten den Raum der Metallarbeiterzeitung nicht in Anspruch zu nehmen, den Beschluß des Verbandstages: „Persönliche Streitigkeiten, die aus der politischen Tätigkeit von Verbandsmitgliedern herrühren, dürfen nicht in der Metallarbeiterzeitung zum Austrag gebracht werden“, als verbindlich nicht anerkennen können. Ganz abgesehen davon, daß der Beschluß von der unmöglichen Voraussetzung ausgeht, daß die Streitigkeiten in der Metallarbeiterzeitung zum Austrag gebracht werden, während sie doch nur erörtert werden, fehlt in dem Beschluß jede Bestimmung darüber, wer vor der Aufnahme des Artikels entscheiden soll, ob die zu besprechende Streitigkeit als eine aus politischer Tätigkeit von Verbandsmitgliedern entspringende persönliche Angelegenheit oder eine sachliche Auseinandersetzung ist. Sachliche Meinungsverschiedenheiten sind nicht zu vermelden. Zur Erörterung dieser Meinungsverschiedenheiten bedarf das Verbandsorgan aber das notwendige Maß von Meinungs-freiheit, ohne dessen Gewährung eine fruchtbringende Erörterung kaum denkbar ist. Die Durchführung des Beschlusses bedeutet darum nichts anderes als entweder die Meinungs-freiheit zu unterbinden oder aber neue unliebsame Erörterungen über den angeblichen Mißbrauch der Metallarbeiterzeitung hervorzuufen. Aus diesen Gründen legen die unterzeichneten Teilnehmer der Generalversammlung gegen den Beschluß die entschiedenste Ver-wahrung ein.“ (Es folgen 18 Unterschriften.)

Die Erklärung geht zu Protokoll. Ein zu gleicher Zeit eingegangener Antrag spricht aus, daß die beiden angenommenen Anträge keine Mißbilligung der Haltung der Redaktion der Metallarbeiterzeitung aussprechen wollten. Nach kurzer lebhafter Diskussion wird dieser Antrag einstimmig angenommen.

Nach etlichen persönlichen Bemerkungen verlag sich der Kongreß auf morgen.

10. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

k. r. Dresden, 17. Juni.

Zweiter Verhandlungstag.

Den Bericht des Vorstandes erstattet Barth-München. Ueber die Entwicklung des Zentralverbandes berichtet Kaufmann-Hamburg. Er bespricht den gedruckten Bericht, aus dem wir schon das wesentliche mitgeteilt haben. Die Konsumgenossenschaften haben auch im letzten Jahre wirksam gegen die Teuerung angekämpft. Das hat natürlich erst recht zu Angriffen, Verleumdungen und gezielten Maßnahmen gegen die Konsumvereine geführt. In diesem Kampfe hat namentlich die Genossenschaftsbewegung eine wichtige Rolle gespielt. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ hat jezt eine Auflage von 12 000 Exemplaren, das „Konsumgenossenschaftliche Volksblatt“ 600 000 Abonnenten. Besonders Anstrengungen erfordert der Kampf gegen die Umfahsteuer der Konsumvereine. Nicht Steuerdrückbereizert ist es, wenn sich die Bewegung dagegen wendet. Aber die Konsumvereine sollen die Steuern zahlen, die ändern auch auferlegt werden. Es ist läge, wenn behauptet wird, die Entwicklung der Konsumvereine beeinträchtigt die Steuerkraft des Volkes. Abgesehen von allen andern Tatsachen beweist dies schon die gegenwärtige Verteuerung der Konsumvereine, die 0,7 Prozent des gesamten Umlages beträgt. Die Händler werden kaum ein Drittel dieser Verhältniszahl tragen. Trotz aller Hemmungsversuche haben sich die Genossenschaften in den letzten zehn Jahren in beschleunigtem Tempo sowohl was die Mitgliederzahl als was die Umläge ufm. angeht. Mit den Lagerhaltern, Bädern und Transportarbeitern sind Tarife abgeschlossen worden und das Tarifamt soll künftig seine Tätigkeit auch auf andere Gewerkschaften erstrecken. Auch sonst wird das Zusammenwirken mit den Gewerkschaften immer enger werden. Für die Versorgung der Angefallten im Alter und Krankheiten ist in den einzelnen Genossenschaften neben der staatlichen Versicherung gesorgt worden. Die innere Festigung der Bewegung soll durch die bestehenden Bildungseinrichtungen erreicht werden. Das jüngste Kind der Genossenschafts- und auch der Gewerkschaftsbewegung ist die „Volksfürsorge“, die allen Volksgenossen zugute kommen soll. Die Großverkaufsgesellschaft hat in den zehn Jahren ihren Umlag von 26 Millionen auf 136 gesteigert; das Kapital von 460 000 auf 6 689 000 M. Besonders die Eigenproduktion ist stark gefördert worden, die auch in den einzelnen Vereinen stark geworden und bis zum eigenen landwirtschaftlichen Betrieb in der Hamburger „Produktion“ gebiehet ist. All diese gemaltigen Anforderungen verursachen Schwierigkeiten in Beschaffung und auch der Unterbringung der Geldmittel, die in der Zukunft noch günstiger gelöst werden sollen, als das bisher die Kamabteilung der Großverkaufsgesellschaft bisher schon tut. Das Sparwesen ist organisatorisch gefördert worden. 1908 betragen die Spareinlagen und Hauseinlagen 7 Millionen, 1912 58 Millionen Mark, pro Mitglied 13,50 M. bezw. 89,30 M. Das ist vor allem das Mittel gewesen, die Genossenschaften von der Tyrannei der großen Geldmächte freizumachen. Das Sparwesen muß indessen noch rationaler gestaltet werden. Das Bestreben muß darauf gerichtet sein, die Betriebseinrichtung der Vereine vollkommen durch das zinsfreie Kapital der Anteile zu decken. Ebenso sollte das im Grundbesitz angelegte Kapital in höherem Maße durch unfindbare, wenn auch besser verzinsten Hausanteile, statt durch Spareinlagen gedeckt werden. Das würde die Geldwirtschaft der Genossenschaften festigen, vor allem würde sie günstiger gestaltet werden durch eine Umwandlung der Kamabteilung in eine Bank-Miengengesellschaft. Erfreulicherweise wird die Konzentration der Genossenschaften, die eine Bedingung guter Eigenproduktion ist, immer fester. Auch da liegen noch manche Probleme, die schrittweise gelöst werden müssen. Großes ist geleistet worden, größere und schönere Aufgaben liegen noch vor uns. Sie zeugen davon, daß die Genossenschaftsbewegung ein Mittel zum Aufstieg der Menschheit ist. Vorwärts und aufwärts! (Lebhafte Beifall.)

Ueber die Volksfürsorge berichtet v. Elm-Samburg. Die Vorarbeit für das Unternehmen ist außerordentlich zeitaufwendend gewesen. Das erfordert allein schon die schwierige Materie. Es kamen Bedenken hinzu, die die eigenartige Organisation bei der Aufsichtsbehörde fand, die zwar nicht als stichhaltig anerkannt werden konnten, denen aber durch eine Änderung der Organisation entgegengetreten wurde. Durch diese äußere Form wird die demokratische Parität zwischen Genossenschaften und Gewerkschaften nicht beeinträchtigt werden. Auch im Tarif wurden dem Aufsichtsamte Konzessionen gemacht. Manche Bedenken des Aufsichtsamtes mußten durchaus anerkannt werden, namentlich war es richtig, daß die Volksfürsorge in gewisser Hinsicht nicht mit den geschäftlich günstigeren Voraussetzungen rechnen kann, wie die Privatgesellschaften, die die stärker gefährdeten, aber deshalb um so hilfsbedürftigeren Verurteilten ausschalten oder schlechter stellen, was natürlich bei der Volksfürsorge ausgeschlossen ist. Auch sonst war die Arbeit in mancher Beziehung erschwert, da man sich den Geschäftspraktiken und besonders der Geheimnistuerei der Privatgesellschaften nicht anschließen kann. Wahrheit und Klarheit war das Prinzip, nach dem die Volksfürsorge arbeiten will. Was dadurch an größerer Vorarbeit nötig war, wird sich später sehr nutzbar machen. Dem Aufsichtsamte ist die Volksfürsorge dank schuldig für die prompte Erledigung und das Entgegenkommen. Auch die Frage ist in den Verhandlungen erörtert worden, ob die sozialdemokratische Partei an dem Unternehmen irgendwie beteiligt sei. Hätten die Gegner auch nur den Schatten eines Bedenkes erbracht, wäre es nicht genehmigt worden. Verbreiten sie weiter das Märchen von der sozialdemokratischen Volksfürsorge, so verleumden sie nicht nur, sondern sie beleidigen auch das Aufsichtsamte. (Sehr richtig!) Wir wissen, daß die Gegner lügen und sie wissen es auch. Aber schließlich wird die Wahrheit über die Verleumdung siegen. (Vehemente Zustimmung!) Die Vorarbeit ist nun soweit gediehen, die Formalitäten sind soweit erfüllt, daß die Versicherung nun wirklich in Kraft treten kann.

Die Volksfürsorge will die Versicherten nicht für das ganze Leben binden, sondern kurzfristige Versicherungen ermöglichen. Die Prämien sind niedriger, die Versicherungssätze höher als in den bestehenden Gesellschaften. Es besteht die Kapitalversicherung mit festen Sätzen und die Sparversicherung, deren Sätze ganz von dem Belieben der Versicherten und ihrer augenblicklichen Leistungsfähigkeit abhängt. Die Mängel der bisherigen Sparversicherung sind durch eine Rückversicherung gegeben worden. Unsere Gegner meinen, daß wir nichts leisten werden, weil wir angeblich von den Versicherungsbedingungen nichts verstehen. Wenn es auch nicht leicht ist, sich mit den Dingen vertraut zu machen, so wird der feste Wille die Schwierigkeiten doch überwinden. Neue Propagierungen werden zu Boden fallen, wie die gegen die Konsumvereine zu Boden gefallen sind. (Sehr richtig!) Die Volksfürsorge will das Verfallen der ungeheuren Zahl von Versicherungen unmöglich machen, das die Versicherten um große Summen bringt und die Versicherungsunternehmen bereichert. Der Verfall von Versicherungen wird bei der Volksfürsorge nur in wenigen Ausnahmefällen möglich sein. Die Gegner behaupten wohl, daß die Volksfürsorge die Versicherten für Lebenszeit an sich und damit an die Sozialdemokratie (Heiterkeit!) fesseln will. Sie werfen uns vor, was auf sie zutrifft, aber nicht auf uns. Nirgends haben die Versicherten die Möglichkeit, so leicht und so günstig den Vertrag zu lösen, als bei der Volksfürsorge. Wir wollen nicht durch Zwang herrschen, sondern durch ihre Leistungen überzeugen. (Beifall.)

Natürlich arbeiten die Versicherungsanstalten mit allen Mitteln gegen die Volksfürsorge und sie scheuen nicht vor wissenschaftlich falschen Vergleichen zurück. Der Tanz wird erst richtig mit der Entschaffung der öffentlich-rechtlichen Versicherungen beginnen, die sich ihren Organisationsfond von den preussischen Steuerzahlern zahlen lassen. Sie präsen schon jetzt mit ihren höheren Prämien und ihrer höheren Gewinnbeteiligung. Aber das tut auch die Vereinsversicherungsbank in Düsseldorf, die mit allen Mitteln auch mit dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie für sich und gegen die Volksfürsorge agitieren. Und die Vereinsversicherungsbank ist schon am Ende ihres Lateins. (Große Heiterkeit!) Und alle Fachmänner sind der Überzeugung, daß die öffentlich-rechtlichen Versicherungen das selbe Ende finden werden, wenn sie ihre Versprechungen wirklich halten wollen. Wir beschließen die unehrliche, gewissenlose Methode, mit Wahrscheinlichkeitsversprechungen zu arbeiten. (Sehr gut!) Das Aufkommen der Volksfürsorge hat jetzt schon die Produktion der Agenten in den Privatversicherungsgesellschaften gesteigert. Die Verwaltungskosten sind dort ungeheuer höher als bei uns. Alle Ersparnisse kommen den Versicherten zugute, weil die Volksfürsorge die Versicherungen zum Selbstkostenpreis liefert. Sie ist ein gemeinnütziges Unternehmen, das alle Vorteile den Versicherten übergibt. Die Gewerkschaften und Genossenschaften werden durchaus keinen Anteil an dem Gewinne haben, wie sich der Kreis der Versicherten durchaus nicht auf die Organisierten beschränkt. Aber gewiß werden die beiden gründenden Organisationen moralische Erörterungen im Volke machen. Es handelt sich jetzt bei der Volksfürsorge nur um eine Grundlage. Mögen alle Gewerkschaftler die Begeisterung für die Volksfürsorge benutzen, damit auf dieser Grundlage ein prächtiger Bau errichtet werden kann. (Stürmischer Beifall.)

Damit ist die Tagesordnung des zweiten Verhandlungstages erledigt.

### fördert die Arbeiter-Samariterkolonnen.

Wegen der in letzter Zeit vorgekommenen großen Zahl schwerer Unglücksfälle ist es angebracht, auf eine Einrichtung hinzuweisen, der man in den Arbeiterkreisen nicht die Achtung schenkt, die ihr wegen ihres großen Nutzens für die Arbeiter-schaft gebührt. Wir meinen, die in verschiedenen Städten bestehenden Arbeiter-Samariterkolonnen, welche zum Arbeiter-Samariterbunde gehören. Wohl muß man der Ansicht sein, daß Staat und Gemeinde für die Opfer der heutigen Wirtschaftsweise zu sorgen hätten. Solange jedoch von dieser Seite nichts geschieht, ist die große Masse der Arbeiter auf sich selbst angewiesen. So mancher brave Arbeiter, der als Opfer der kapitalistischen Ausbeutung auf dem Schlachtfelde der Industrie tot oder verkrüppelt geblieben ist, hätte erhalten werden, hätte seine Glieder wieder in gebrauchsfähigem Zustande verwirklichen können, wenn beim Unglück sachgemäße schnelle Hilfe und geeignete Hilfsmittel vorhanden gewesen wären. Viele Unfallverletzte wären ihrer berechtigten Ansprüche auf Unfallrente nicht verlustig gegangen, hätten sie einen genauen Nachweis über Ort, Zeit und Umstände des Unfalls führen können und wäre ihnen Aufklärung über die Gefahren bei Unfallverletzungen geworden.

Gassen wir kurz die Aufgaben und Pflichten der Arbeiter-Samariter bei Unfällen und bei der Unfallverhütung folgen: Der Arbeiter, der als Samariter seine Arbeitsstelle betritt, in der er in Zukunft das Werk der Nächstenliebe ausüben soll, hat sich zu vergewissern, wo und in welchem Zustande sich der Werkstatte befindet. Ist ein solcher nicht vorhanden, oder ist er in einem Zustande, daß er den Ansprüchen der ersten Hilfeleistung nicht genügt, so hat der Samariter dafür zu sorgen, daß ein Kasten beschafft oder der vorhandene in ordnungsgemäßen Zustand gesetzt wird. In vielen Fällen ist es den Arbeiter-Samaritern gelungen, Wandel zu schaffen. Kein verständiger Unternehmer kann sich weigern, solchen Wünschen Rechnung zu

tragen. Sollte es dennoch der Fall sein, so wird der Arbeiter-ausschuß, die Gewerkschaft oder die Gewerbeinspektion, an die sich der Samariter zu wenden hätte, dafür sorgen, daß diesem einfachen Gebot der Humanität Rechnung getragen wird.

Ereignet sich ein Unfall, so hat der Samariter für schnelle, sachgemäße und gewissenhafte Hilfe und Behandlung zu sorgen, alle schädlichen Einflüsse, Anstrengung usw. von dem Verletzten fernzuhalten, für ärztliche Hilfe zu sorgen, und wenn ein Transport nötig ist, diesen zu leiten. Weiter hat er den Unfall denen zur Kenntnis zu bringen, die mit der Anmeldung an die Berufs-genossenschaft beauftragt sind. Ferner ist der Samariter verpflichtet, genaue Statistik über Zeit, Ort und Umstände zu führen und Augenzeugen des Unfalls zu notieren, um dem Verletzten bei der Geltendmachung seiner Ansprüche auf Unfallrente mit genauen Angaben zu dienen. Eine weitere wichtige Aufgabe der Samariter ist die Unfallverhütung in Betrieben, auf Bauten usw., und mit Benutzung können die bestehenden Arbeiter-Samariterkolonnen feststellen, hier eifrig tätig gewesen zu sein und schwere Unfälle verhüten zu haben. Wer sollte auch besser in der Lage sein, frühzeitig die Unfallgefahr zu erkennen, als der Samariter, der nur zu oft die verheerenden Wirkungen an Leib und Geist bei Unfallverletzungen beobachten kann. Mit doppelter Aufmerksamkeit wird er Maschinen, Transportmittel, Schutzvorrichtungen usw. auf Bauten und in Betrieben beobachten und bei vorkommenden Mängeln auf deren Abstellung dringen.

Die dem Arbeiter-Samariterbunde angeschlossenen Kolonnen suchen schon seit Jahren mit Erfolg ihre Mitglieder und Auszubildende nach diesen Grundrissen zu erziehen. Durch Vorträge wissenschaftlichen und belehrenden Inhalts werden sie über Gefahren bei Krankheiten, über Anatomie und über Wundbehandlung unterrichtet. In regelmäßigen Zwischenräumen werden sie in Kursen unter ärztlicher Leitung in der ersten Hilfeleistung bei Unfällen unterrichtet. Auch im verflochtenen Jahre haben die Kolonnen eine segensreiche Tätigkeit entfaltet. Wie die Statistik für 1910 zeigt, haben die Arbeiter-Samariter in 5694 Fällen die erste Hilfe geleistet; 1911 in 12 387 und 1912 in 15 693 Fällen. Viel Unheil ist sicher von manchem der Verletzten durch die schnelle und sachgemäße Hilfe abgewendet worden. Die Zahl schon allein beweist, wie nötig die Verbreitung der Samariter ist.

Darum, Arbeiter und Arbeiterinnen, Angehörige der Gewerkschaften und Parteiorganisationen, sowie der Turn- und sonstigen Sportvereine, unterstützt die Bestrebungen der Arbeiter-Samariterkolonnen durch euren Beitritt. Verbreitet unsere Ideen unter euren Kollegen und Kolleginnen bei allen Gelegenheiten. Sorge jeder dafür, daß in den Orten, wo Kolonnen noch nicht bestehen, solche gegründet werden. Wir sind gern bereit, auf Grund unserer Erfahrungen allen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Arbeiter-Samariterkolonnen bestehen in 95 Orten, u. a. in: Barmen, Bauen, Berlin, Chemnitz, Dresden, Durlach, Düsseldorf, Eibau, Eberfeld, Fürth, Halberstadt, Halle, Hamburg, Hannover, Harburg, Kahl, Kassel, Köln, Leipzig, Magdeburg, Mannheim, Meining, Nordsee, Nürnberg, Oer-Schöneweide, Remscheid, Solingen, Spandau, Worms und Jülich.

Alle Anfragen sind an den Bundesvorsitzenden: E. Stein, Berlin-Charlottenburg, Kaiser-Friedrichstr. 40, zu richten.

### Gewerkschaftliches.

#### Der Buchbinderverband im Jahre 1912.

Der soeben erschienene Jahresbericht des Buchbinderverbandes kann wieder mit Genugtuung recht günstige Fortschritte für das Jahr 1912 konstatieren. Die Mitgliederzahl stieg im Jahresdurchschnitt um 2794 und betrug am Jahresabschluss 16 717 männliche, 16 711 weibliche, also zusammen 33 428 Mitglieder. Berücksichtigt muß dabei werden, daß die eigentliche Buchbinderbranche gut organisiert und daher innerhalb dieser nicht mehr allzuviel, besonders in den Hauptzentren des Gewerbes, organisiert werden kann. Desto intensiver wird die Agitation in den Zweigbranchen mit Erfolg betrieben. Das trifft nicht zum wenigsten für die Kartonnagenbranche zu, in der fast 8000 Organisierte gezählt werden, obgleich die Agitation hier wegen der großen Zahl der Arbeiterinnen und jugendlicher Arbeiter sehr schwierig ist, und obgleich der Vorstehende des Fabrikantenverbandes noch vor einigen Jahren meinte, er würde sein ganzes Ich daran setzen, daß kein Mitglied des Buchbinderverbandes bei seinen Verbandstätigkeiten beschäftigt würde!

Unter den weiblichen Berufsangehörigen hat der Buchbinderverband von Jahr zu Jahr größeren Anhang gewonnen, so daß er zweifellos zu den Organisationen gehört, die in der Arbeiterinnenorganisation am erfolgreichsten tätig sind. Männliche und weibliche Mitglieder halten sich in der Zahl jetzt fast die Waage, während am Schlusse des Jahres 1911 noch der Unterschied zugunsten der männlichen Mitglieder 1145 betrug.

In Lohnbewegungen war der Verband wie in früheren Jahren sehr rührig. Es fanden insgesamt 76 Lohnbewegungen, Streiks und Auspörungen in 48 Orten in 700 Betrieben mit 11 886 Beschäftigten statt, wovon 14 Angriffsstreiks, 4 Abwehrstreiks und 4 Auspörungen waren, an denen 826 männliche und 1929 weibliche Mitglieder beteiligt waren. Man sieht daraus, wie stark das weibliche Element an den wirtschaftlichen Kämpfen im Buchbindergewerbe beteiligt ist. Die gesamten Kosten aller Lohnbewegungen betrugen 64 756 Mk., wozu noch 12 725 Mk. an Gemahregelunterstützung hinzuzurechnen sind. Dafür wurde aber auch für 5619 Personen eine Arbeitszeitüberführung von 498 316 Stunden und für 5882 Personen eine Lohnerhöhung von 578 884 Mk. pro Jahr erreicht. Die Ausgaben für die Lohnbewegungen trugen also für die Mitglieder vielfältigen Jins, zumal der größte Teil der Lohnbewegungen friedlicher Natur war. Am Schlusse des Jahres bestanden 180 Tarifverträge für 2100 Betriebe mit 33 108 Beschäftigten. Der kollektive Arbeitsvertrag ist im Buchbindergewerbe sehr verbreitet und unaufhaltsam im Vormarsch begriffen, denn Ende 1909 wurden nur 82 Tarife für 1674 Betriebe mit 20 982 Beschäftigten gezählt.

Der Verband hat fast alle Unterstützungseinrichtungen der modernen Gewerkschaften eingeführt und herausgegeben für diese 1912: für Arbeitslosenunterstützung 3485 Mk., für Notfallunterstützung 1171 Mk., für Hinterbliebenenunterstützung 3432 Mk.; für Unternehmungen ergl. der für Lohnbewegungen aller Art insgesamt 252 107 Mk. Inbalidentunterstützung ist noch nicht eingeführt worden, weil diese erst vor drei Jahren obligatorisch eingeführt wurde und die Möglichkeit zu ihrem Bezuge erst vom 1. Oktober 1912 in Betracht kam. Die Reserven für die Inbalidentunterstützung beliefen sich am Jahresabschluss auf 216 753 Mk. In den vorstehenden Unterstützungssummen sind nur die Ausgaben der Hauptkassen enthalten, die nicht unerheblichen Unterstützungssummen der Zweigvereine sind nicht inbegriffen.

Das gesamte Vermögen des Verbandes betrug am Jahres-schluß 1 135 076 Mk. Im übrigen gibt der Jahresbericht in ausführlicher Weise über die Lohnbewegungen, Wanderversammlungen, über die Grundzüge der Vergütung von Buchbinderarbeiten durch Arbeiterorganisationen und Parteibetriebe, Statistik seiner Mitglieder, über die Beziehungen des Verbandes zu den deutschen und ausländischen Gewerkschaften — der Vorsitzende des Buchbinderverbandes ist zugleich Internationaler Sekretär der Buchbinder — Auskunft. Interessant ist auch das Ergebnis einer Erhebung über die Ausdehnung der Frauenarbeit im Gewerbe und wieviel diese in bisher von Männern beherrschte Gebiete einströmen. Der Buchbinderverband

kann sich auf seinem vom 11. bis 21. Juni in Stuttgart statt findenden Verbandstage mit seinen Leistungen und Erfolgen wohl sehen lassen.

Zu den Differenzen im Malergewerbe. Der am 22. Mai durch Annahme der Schiedssprüche von den beiden Zentralorganisationen erzielte Kampf im Malergewerbe ist immer noch nicht ganz beendet. Die Unternehmer des gesamten Rheinlands-Weisfalens frontieren nach wie vor gegen den neuen Tarifvertrag und verweigern ganz offen die Unterzeichnung der anderen Gewerkschaften wegen der von ihnen bewahrten Disziplin.

Auch in Hamburg bestehen die Differenzen weiter. Zwar sind Verhandlungen eingeleitet, doch ist noch nicht abzusehen, ob sie zu einem Abschluß führen. Jedenfalls ist für beide norddeutschen Gebiete Auszug von Malergehilfen zu vermeiden.

Die Unparteiischen, die bekanntlich sofort nach Annahme der Schiedssprüche dem Unternehmerverband auf eine Anfrage eine Erklärung des letzten Schiedsspruches übermittelten, womit dieser dann verurteilt hat, die örtlichen Verhandlungen für sich günstig zu beeinflussen, haben es jetzt für höchst bedenklich bezeichnet, wenn sie, sei es einzeln oder gemeinschaftlich, ihre Meinung über die Auslegung des neuen Tarifvertrages oder des Schiedsspruches äußern. Es soll vielmehr das Hauptarbitrium konstituiert werden, das als allein zuständig betrachtet wird, die aufgeworfenen generellen Streitfragen zu erledigen. Diese Stellungnahme bedeutet eine Nichtfertigung des Standpunktes der Gehilfenorganisation. Der Malerverband hatte gegen die Verwendung des bekannten Schreibens der Unparteiischen durch den Unternehmerverband zu dessen besonderen Zwecken Verwahrung eingelegt, und schon allein an diesem Gesichtspunkte aus die nach einseitiger Information zustande gekommene inoffizielle Interpretation des letzten Schiedsspruches moniert.

Die örtlichen Verhandlungen gehen im allgemeinen nur langsam weiter. Es sind manche Schwierigkeiten zu überwinden, die vielfach in Mißverständnissen über die neuen Abmachungen wurzeln oder aus kleinlichen Nachgefühlen der von dem Ausgang der Wächprobe natürlich nicht erbauten Unternehmer herrühren. Für viele Orte werden erst die Zentralinstanzen eingreifen müssen, bis die örtlichen Verhandlungen zum Abschluß kommen.

Ein christlicher Führer wegen verleumderischer Beleidigung verurteilt. Einen ordentlichen Denktzettel hat das Schöffengericht zu Leipzig am 18. Juni dem Herrn Martin Fromm, Vorsitzender des Christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes (St. Köln), überreicht. Fromm wurde wegen verleumderischer Beleidigung zu 300 Mk. Geldstrafe eventl. 30 Tage Gefängnis verurteilt. Im vorigen Jahre hielt der christliche Sekretär Küper aus Dortmund im sächsischen Steinbruchsort Röhlitz unter freiem Himmel eine Versammlung ab. Genosse Staudinger, Redakteur am „Steinarbeiter“, nahm mit einigen Genossen an der Versammlung teil. Der christliche Küper erhielt später ein Strafmandat, weil er die Versammlung nicht gemeldet hatte. Genosse Staudinger hielt dann ebenfalls unter freiem Himmel eine Versammlung ab, auch er erhielt eine Gerichtsverurteilung, weil auch diese Versammlung nicht gemeldet gewesen sein sollte. Aber Staudinger legte über seine Versammlung eine Bescheinigung vor und somit mußte diese Anzeige fallen gelassen werden. Vor Gericht wurde nun auch unser Genosse darüber vernommen, ob Küpers Versammlung eine öffentliche war. Staudinger mußte darauf die Antwort in bejahendem Sinne geben. Darauf schrieb Herr Fromm in seiner Keram- und Steinarbeiterzeitung, Staudinger sei ein Polizeispion und Demagog. Staudinger strengte gegen Fromm die Beleidigungsklage an, Fromm erhob Widerspruch. Ein Termin im Januar wurde verlagert und zum zweiten Termin Mitte März d. J. war Staudinger nicht erschienen, weil durch ein Versehen seines Anwalts ihm der Termin nicht bekannt gegeben war. Zum Unglück veräumtelte Staudingers Anwalt den zweiten Termin um einige Minuten, und so wurde durch Veräumnisurteil die Klage unseres Genossen abgewiesen. Nun brachte Fromm einen großen „Siegesartikel“ und behauptete Staudinger neuerdings als Polizeispion. Damit war unser Genosse erneut die Möglichkeit gegeben, Mägen wegen verleumderischer Beleidigung zu erheben. Herr Fromm erschien zur Verhandlung nicht, sein Anwalt verfuhr auch nicht im geringsten, den Wahrheitsbeweis zu führen, ja der Anwalt gab selber zu, daß er persönlich Staudinger einen solchen Vorwurf gar nicht machen würde. — Bemerk sei, daß die Anzeige gegen Küper von einem Gedankenman ausging. Daß unser Genosse als Anzeiger gar nicht in Frage kommen konnte, bedarf wohl gar keiner besonderen Betonung. Das Gericht folgte dann auch in vollem Umfange den Ausführungen des Verteidigers unseres Genossen. Eine volle Stunde dauerte die Beratung des Gerichts. Das Urteil stellte fest, daß Staudinger als Anzeiger absolut nicht in Frage kommen kann. Ein sozialdemokratischer Redakteur halte in erster Linie das Vereinsrecht hoch, eine Denunziation komme gar nicht in Frage. Herr Fromm könne unmöglich glauben, daß ein Sozialdemokrat der Polizei Spiondienste leiste. Die Beleidigungen seien wider besseres Wissen erfolgt, eine Verurteilung nach § 187 des Str.G.B. mußte deshalb erfolgen. Staudinger stehe an exponierter Stellung in seiner Gewerkschaft und man könne es verstehen, wenn er die Sache ausflären wolle. — Die Widerlagen, die Herr Fromm gegen Staudinger erhoben hatte, wurden verworfen.

### Soziale Rundschau.

Der badische Landesauschuß für Säuglingsfürsorge hält seine 2. Landesversammlung am 5. Juli, vormittags 10 Uhr, in Karlsruhe im großen Rathsaal ab. Zur Beratung und Beschlußfassung stehen: 1. Bericht des Vorsitzenden über die Tätigkeit des Geschäftsauschußes im Betriebsjahre 1912, sowie über den Vermögensstand und die Verwendung der Mittel während desselben. 2. Vorträge: a) Professor Dr. Moro, Direktor der Universitätskinderklinik in Heidelberg, über den Zusammenhang zwischen Säuglingssterblichkeit und Wohnungshygiene; b) Dr. Behrens, Kinderarzt in Karlsruhe, über: Statistische Rückblicke auf die badische Kindersterblichkeit in den letzten 10 Jahren; c) Wambelerin Frä. Krausmann: Die Aufgabe der Kreisfürsorgeinspektoren. 3. Wünsche und Anträge. 4. Schlußworte des Vorsitzenden: Wünsche und Aufgaben des kommenden Geschäftsjahres. — Die Abhaltung des badischen Frauenvereins als Geschäftsauschuß des Landesauschußes läßt die Zweigvereine des badischen Frauenvereins zu recht zahlreicher Beteiligung an der Versammlung mit dem Anfügen ein, daß Anträge auf Ausstellung von Ausweisen zur Erlangung der Fahrpreisermäßigung baldmöglichst einzureichen sind.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, letzte Nachrichten und Neuigkeiten: Wilhelm Kolb; für den übrigen Teil: Hermann Kadel; für die Inserate: Gustav Krüger; alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Geschäftliches. Schwaben, Russen und alle sonstigen ekelhaften Balkan-Käfer vertilgt Zirkulin! Zu haben in allen Drogerien. Lassen Sie sich nichts anderes aufhängen.